

**Antrag**  
**der Fraktion der SPD**

**Fortsetzung des atomaren Abrüstungsprozesses**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag lehnt jede Modernisierung und Neuerüstung mit Nuklearwaffen ab, die die strategische Situation verändern.

Dazu gehören:

- neue Atomraketen, die mit größeren Reichweiten an die Stelle der LANCE-Rakete treten sollen,
- luftgestützte Marschflugkörper bzw. Raketen, die militärische Fähigkeiten wiederherstellen, die durch den INF-Vertrag entfallen werden.

Der Deutsche Bundestag lehnt eine solche militärische Kompensation des im INF-Vertrag festgelegten Abbaus der nuklearen Mittelstreckenraketen ab.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die baldige Aufnahme von Verhandlungen, die parallel zu den Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa vom Atlantik bis zum Ural, deren Beginn der Deutsche Bundestag noch in diesem Jahr erwartet, stattfinden sollen. Ziel dieser zusätzlichen Verhandlungen ist die Abschaffung der atomaren Kurzstreckenraketen.
3. Auch die nuklearen Gefechtsfeldwaffen müssen vollständig beseitigt werden. Es widerspricht nicht unseren Sicherheitsinteressen, den Abbau einseitig zu beginnen; eine zwischen Ost und West vereinbarte Null-Lösung für nukleare Gefechtsfeldwaffen auf beiden Seiten hat jedoch politischen Vorrang.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einem NATO-Streitkräfteziel nicht zuzustimmen, das politische Bindungswirkung für eine Entscheidung zur Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland hätte. Die Bundesregierung darf besonders in dieser Frage keinen Verfahren zustimmen, die die Kontrollrechte des Deutschen Bundestages und auch des amerikanischen Kongresses umgehen.

Bonn, den 8. Juni 1988

**Dr. Vogel und Fraktion**

